

Putins Warnung an den Westen

In seiner Rede an die Nation reagiert Kremlchef Putin auf Gedankenspiele im Westen, Truppen aus Nato-Staaten in die Ukraine zu schicken.

VON ANDRÉ BALLIN
UND ULF MAUDER

Moskau – Kremlchef Wladimir Putin hat zu Beginn des dritten Jahres seines Angriffskrieges gegen die Ukraine Siegesgewissheit demonstriert und den Westen vor dem Einsatz von Bodentruppen gewarnt. Die Folgen eines solchen Schrittes könnten tragisch sein, sagte Putin in seiner Rede zur Lage der Nation am Donnerstag. Die mehr als 1000 Vertreter aus Politik, Militär, Wirtschaft, Kultur und Religion spendeten dem 71-jährigen, der zum fünften Mal bei der Präsidentenwahl am 17. März antritt, immer wieder tosenden Applaus in der mehr als zweistündigen Rede.

Der russische Präsident erinnerte gleich am Anfang des mit Spannung erwarteten Auftritts an die Schlagkraft der Waffen der Atommacht. Der Westen solle bei seinen Drohgebärden stets daran denken, dass auch Russland Waffen habe, die auf dem Gebiet dort Ziele treffen könnten, sagte er. Eine Eskalation in dem Konflikt und ein Einsatz von Atomwaffen könnte

genheit zur Warnung an die Nato immer wieder betont, dass die Nuklearmacht ihre Interessen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen einen Angriff verteidigen werde. Dazu zählte er erneut auf, dass das Ries Reich etwa über die neue Hyperschall-Interkontinentalrakete Avantgarde sowie über Laserwaffen verfüge. Deutsche Außenpolitiker warnten anschließend parteiübergreifend davor, sich einschüchtern zu lassen. „Er wiederholt seine hinlänglich bekannten Schuldzuweisungen und Drohungen gegenüber dem Westen“, sagte beispielsweise der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth (SPD).

Behauptungen sind „Blödsinn“

Putin wies derweil zugleich Behauptungen, dass Russland den Westen angreifen wolle, als „Blödsinn“ zurück. Das Land werde vielmehr für seine eigene Sicherheit den Rüstungskomplex hochfahren und auch die westliche Flanke des Riesereichs weiter stärken wegen der Gefahr, die von der Nato-Erweiterung und durch die Aufnahme Schwedens und Finnlands in das Militärbündnis nun ausgehe. Die Bedrohung aus westlicher Richtung müsse „neutralisiert“ werden, sagte er. Den USA bot Putin



Drohung mit der nuklearen Eskalation: Russlands Präsident Wladimir Putin nutzte seine jährliche Rede zur Lage der Nation auch für Warnungen an den Westen.

FOTO: DPA

aufhörten, es auf eine strategische Niederlage Moskaus abzusehen, sagte Putin. Er machte erneut deutlich, dass Moskau kein Interesse daran habe, sich wie einst in der Sowjetunion in einem Rüstungswettlauf als Staat zu rui-

der „absoluten Mehrheit der Bevölkerung“ unterstützt, behauptete der Kremlchef. Er dankte in der Ansprache vor der Föderalen Versammlung – der Staatsduma und dem Föderationsrat – den Bürgern und den Unternehmern für

UKRAINE IN BEDRÄNGNIS

Probleme an der Frontlinie

Knapp zwei Wochen nach der russischen Eroberung des ostukrainischen Awdijiwka hat die ukrainische Armee Probleme, die Frontlinie westlich der Ruinenstadt zu stabilisieren. Harte Kämpfe fänden an dem Frontabschnitt entlang der Linie der Dörfer Tonenke, Orliwka, Semeniwka und Berdytschi statt, teilte der ukrainische Oberbefehlshaber, Olexander Syrskyj, mit. Der Generaloberst war extra an den Abschnitt im Donezker Gebiet gereist, um sich einen Überblick über die Lage zu verschaffen. Er warf mehreren Kommandeuren Fehleinschätzungen vor. Dadurch seien die ukrainischen Einheiten in Bedrängnis geraten. Aus Orliwka konnten Syrskyj zufolge russische Einheiten wieder verdrängt werden. Zudem seien neue Reserven und zusätzliche Munition zugeteilt worden, um „die Situation vor Ort zu verbessern“.

dpa

an einer ganzen Reihe der operativen Richtungen gezielt an“, sagte Putin. Er bezeichnete die Soldaten immer wieder als Helden und sicherte ihnen auch zu, in Zukunft Karriere im Staatsapparat oder bei Staatskonzernen zu machen als Belohnung.

Dagegen wird dem Präsidenten, der den Krieg am 24. Februar 2022 befohlen hatte, von Kritikern im eigenen Land vorgeworfen, die Invasion für den eigenen Machterhalt zu nutzen. Er selbst sprach auch bei dem Auftritt in dem alten Handelshof Gostiny Dwor in Kremlnähe davon, dass die Soldaten in dem Krieg Russlands Unabhängigkeit als souveräner Staat verteidigten. Der Westen habe den Konflikt um die Ukraine einst entfacht, um Russland zu zerstören, behauptete Pu-

mandem erlauben, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen. Dafür habe die Rohstoffgroßmacht auch die Ressourcen.

Zwei Wochen vor seiner geplanten Wiederwahl machte Putin auch Versprechen an das Volk. So rief er ein neues nationales Unterstützungsprogramm für Familien aus. Für die Modernisierung des Gesundheitswesens sagte der 71-Jährige eine Billion Rubel (rund 10 Milliarden Euro) an neuen Haushaltsmitteln zu.

Putin, der in Russland seit mehr als 24 Jahren an der Macht ist, räumte ein, dass immer noch 13,5 Millionen Menschen im Land unterhalb der Armutsgrenze lebten. Vor allem Großfamilien seien davon betroffen. Bei etwa 30 Prozent der Großfamilien sei die finanzielle Lage prekär.

zur „Auslöschung der Zivilisation“ führen, mahnte er. Es handele sich nicht um einen „Trickfilm“. „Die strategischen Atomwaffen befinden sich im Zustand voller Kampfbereitschaft für ihren garantierten Einsatz“, sagte Putin. Er hatte in der Vergan-

erneut einen Dialog vor strategischen Sicherheit und Stabilität in der Welt an. Russland und die USA hatten im Zuge ihres Konflikts mehrere Abrüstungsverträge ausgesetzt oder aufgekündigt. Russland sei bereit zu neuen Gesprächen, wenn die USA

nieren. Zudem wies Putin noch einmal nachdrücklich Behauptungen aus den USA zurück, dass Russland an dem Einsatz von Atomwaffen im Weltall arbeite.

Sein Krieg gegen die Ukraine, der inzwischen mehr als zwei Jahre dauert, werde von

die Unterstützung bei der „militärischen Spezialoperation“, wie der Krieg offiziell in Moskau heißt.

„Die Kampfnöglichkeiten der Streitkräfte haben sich um ein Vielfaches verbessert. Unsere Einheiten haben beständig die Initiative, greifen

tin einmal mehr.

Putin erinnerte auch an den 10. Jahrestag der Krim-Annexion, als sich Russland 2014 die ukrainische Schwarzmeer-Halbinsel einverleibte. Das Land schaue heute mit Stolz auf das Erreichte. Russland werde nie-

Bis 2030 solle dieser Anteil auf zwölf Prozent gesenkt werden, forderte er. Da 2030 die von Putin angestrebte fünfte Amtszeit als Präsident endet, galt die Rede auch als Vorstellung seines Wahlprogramms für die kommenden sechs Jahre.

Eine „brandgefährliche Lage“

Was die „Schutz“-Bitte Transnistriens an Russland bedeutet – auch für den Ukraine-Krieg

VON MORITZ MAIER

Tiraspol – Sie gilt als „letzte Sowjetrepublik“ der Welt. Die Region Transnistrien, offiziell Teil des EU-Beitrittskandidaten Moldau, de facto aber ein eigenständiges Gebiet mit eigenem Regime, steht in der Tradition der Sowjetunion und hat viel Sympathie für Putins Russland. Nun bat Transnistrien Putin um „Schutz“ und könnte damit eine neue militärische Eskalation in Osteuropa in Bewegung setzen. Denn Russland hat den „Schutz“ der Bewohner Transnistriens daraufhin als eine „Priorität“ bezeichnet.

■ Was plant Putin?

Das von prorussischen Separatisten kontrollierte und selbstverwaltete Transnistrien hat sich bereits 1992 von der nach dem Zerfall der Sowjetunion neu gegründeten Republik Moldau unabhängig erklärt. Anerkannt wird diese Abspaltung völkerrechtlich und international nicht, mit Ausnahme Russlands. Seit über 30 Jahren steht die Region, in der etwa ein Drittel der Bevölkerung ethnische Russen sind, unter dem Einfluss des Kreml, Moskau hat dort sogar rund 1500

Eigene Währung, eigene Pässe

Transnistrien verwendet eine eigene Währung – den transnistrischen Rubel –, hat eigene Sicherheitskräfte und eigene Pässe. Die meisten der schätzungsweise **465 000 Einwohner** haben weitere Staatsangehörigkeiten: die moldauische, die russische oder auch die ukrainische. Die Mehrheit der Bevölkerung spricht Russisch, während im Rest der Republik Moldau das Rumänische dominiert. In der abtrünnigen Region wird weiterhin das kyrillische Alphabet genutzt. Moskau unterstützt die Wirtschaft Transnistriens, indem es **kostenlos Gas** liefert. In Transnistrien sind sowjetische Symbole allgegenwärtig. Auf der Flagge prangen Hammer und Sichel, in der De-facto-Hauptstadt Tiraspol steht eine riesige Lenin-Statue, eine Büste des Sowjetführers steht vor dem Rathaus. Es wird auch Haus der Sowjets genannt.

afp

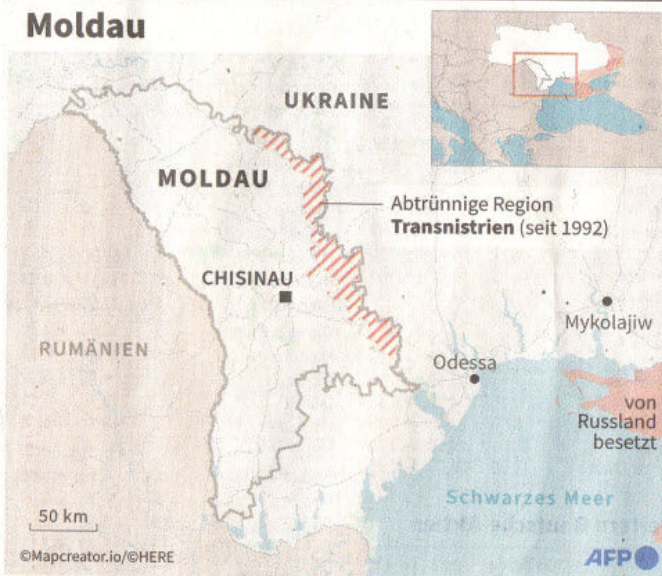
Soldaten stationiert. Die jüngste Bitte um Schutz vor Moldau reiht sich in Schritte ein, Transnistrien in Russland einzugliedern. Besonders seit Beginn der russischen Aggression in der Ukraine 2014 ist ein klares Muster erkennbar.

„Schon 2014 gab es einen Beitrittsbeschluss der Regierung Transnistriens zu Russland, 2022 gab es Unruhen, die möglicherweise eine russische Anlandung in Transnistrien provozieren sollten“, sagt Wolfgang Müller. Er ist Professor am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien und forscht zur sowjetischen Geschichte.

Eine Eingliederung und Truppenverlegung in die im Osten Moldaus liegende Region ist bisher zwar nicht erfolgt, trotzdem spricht Müller von einer „brandgefährlichen Lage“.

„Transnistrien hat seit der russischen Aggression gegen die Ukraine eine neue strategische Bedeutung bekommen, da eine Invasion der Ukraine von Südwesten her für die Ukraine sehr gefährlich wäre“, sagt der Russlandexperte. Der Plan, im Ukraine-Krieg eine weitere Front zu eröffnen, steht schon seit 2022 im Raum. Mit der neuesten Bitte der Separatisten, die nur mit Zustimmung Putins

Moldau



erfolgt sein dürfte, bekommt diese Gefahr aber eine neue Relevanz. „Man kann nicht mehr ausschließen, dass der konventionelle Krieg die Grenzen der Ukraine überschreitet“, sagt Müller. Er betont jedoch auch, dass Transnistrien für Russland weder historisch noch politisch dieselbe Bedeutung wie die Ukraine habe.

■ Die Hürden

Eine weitere Front dürfte die ohnehin angespannte Lage der Ukraine weiter verschärfen. Da Russland aber keine

an Transnistrien angrenzenden Gebiete in der Ukraine kontrolliert und auch im Schwarzen Meer keine militärische Dominanz hat, dürfte eine Truppenverlegung in die separatistische Region für Putin bisher noch schwierig werden, sagt Osteuropaexperte Müller: „Die Verbringung größerer Truppenteile über den Landweg ist derzeit nicht möglich, und auch der Luftweg ist sehr riskant.“

■ In russischer Hand

Müller, der sich mit dem poli-

tischen Denken in Russland befasst, war von der Meldung aus Transnistrien nicht überrascht. Die Region unterscheidet sich deutlich vom Rest Moldaus, das historisch betrachtet eine große Nähe zum Nachbarland Rumänien hat. Transnistrien dagegen wurde bereits im 18. Jahrhundert Teil des russischen Zarenreichs, stand später politisch an der Seite der Sowjetunion und nun Russlands. Während die Republik Moldau eine Demokratie sowie EU-Beitrittskandidat ist und sich nach Westen orientiert, ist das politische System Transnistriens repressiv und unfrei.

■ Reaktionen

Deutschland und Frankreich haben die russische Einmischung angeprangert. Moldau stehe nicht allein, es habe starke Freunde, betonte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne). „Kein Land ist Russlands Hinterhof und darf destabilisiert werden.“

Auch das französische Außenministerium prangerte „immer aggressivere Destabilisierungsversuche“ in Moldau an. Diese seien „höchstwahrscheinlich von Russland orchestriert“.